

Landkreis Ravensburg

den 23. Mrz. 2015

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik
am 19.02.2015 im Gewerbliche Schule, Gartenstr. 128, 88212 Ravensburg, Sitzungssaal
Raum 130

Dauer 14:00 Uhr bis 18:15 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 20 Mitglieder

Anwesend:

stellvertr. Vorsitzende/r

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

Stellvertretende Vorsitzende in Vertretung für
Herrn Landrat Widmaier

CDU

Herr Bürgermeister Elmar Buemann,
Herr Wolfgang Kleiner,
Herr Bürgermeister Dieter Krattenmacher,
Herr Hans-Jörg Leonhardt,
Herr Alois Peter,
Herr August Schuler,
Herr Robert Schweizer,
Herr Josef Wurm,

FWV

Herr Karl-Heinz Buschle,
Herr Matthias Grad,
Herr Dr. Hermann Schad,

«sitext» vom «sidat»

Herr Roland Schmidinger,

SPD

Herr Rudolf Bindig,

Herr Jürgen Rölli,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Dr. Margret Brehm,

Herr Gereon Güldenbergl,

Herr Heinz Strubel,

Vertretung für KR Sing

ÖDP

Herr Julian Aicher,

Herr Max Scharpf,

Die Linke

Herr Dr. Till Bastian,

Protokollführer

Frau Eva Weeber,

von der Verwaltung

Herr Franz Baur,

Herr Franz Fugel,

Herr Simon Gehringer,

Herr Marijan Gogic,

Herr Hubert Messmer,

Herr Werner Nitz,

Herr Walter Sieger,

Frau Iris Steger,

Gäste

Frau Sabine Kögl,

Herr Prof. Dr. Bernd Steidle,

AU Consult, zu den TOPs 2 und 5

zu TOP 1

Abwesend:

Vorsitzende/r

Herr Kurt Widmaier,

Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Bruno Sing,

wird vertreten von KRin Dr. Brehm

Ausgelegte Tischvorlagen:

Sitzungsvorlage TOP 9 (korrekt kopiert)

Sitzungsvorlage TOP 10 (korrekt kopiert)

Aktualisierter Antrag von KR Aicher, zu TOP 10

Antrag FDP (Öffentlichkeitsarbeit Biotonne), zu TOP 11

Antrag Grüne (Eschensterben), zu TOP 11

PowerPoint-Präsentation Straßenbauamt (Eschensterben), zu TOP 11

Schreiben Verkehrsministerium (Bauprogr. Landesstraßen), zu TOP 11

Tagesordnung

Nichtöffentliche Sitzung

- 1
- 2
- 3

Öffentliche Sitzung

- 4 Protokoll der vorausgegangenen Sitzung
- 5 Vergabe der Erfassung von Bio-, Haus- und Sperrmüll, der Umladung sowie des Ferntransportes zum Zweckverband Abfall Kempten (ZAK) - Beschluss
- 6 Geschwister-Scholl-Schule Leutkirch, Instandsetzung und Modernisierung I - Umsetzung 2015 - Beschluss
- 7 Geschwister-Scholl-Schule Leutkirch, Photovoltaik-Anlage zur Eigenstromversorgung - Beschluss
- 8 Gemeinschaftsunterkunft Lazarettstrasse Weingarten, Sanierung Sanitäranlagen - Beschluss
- 9 Wildpflanzenkulturen - Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 23.10.2014
- 10 Wasserkraftpotenziale im Landkreis Ravensburg - Antrag von Kreisrat Julian Aicher vom 27.11.2014
- 11 Anfragen und Bekanntgaben
 - 11.1 Anfragen und Bekanntgaben - Antrag der FDP zur Öffentlichkeitsarbeit Abfallwirtschaft
 - 11.2 Anfragen und Bekanntgaben - Bauprogramm Landesstraßen
 - 11.3 Anfragen und Bekanntgaben - Antrag der Grünen-Fraktion zum Eschensterben
 - 11.4 Anfragen und Bekanntgaben - Krummensbach

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt und Technik wurden am 09.02.2015 zu dieser Sitzung eingeladen.

Öffentliche Sitzung

§ 47

Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Der Vorsitzende verweist auf den versandten Protokollentwurf der Sitzung am 27.11.2014.

Änderungswünsche werden nicht vorgebracht.

§ 48

Vergabe der Erfassung von Bio-, Haus- und Sperrmüll, der Umladung sowie des Ferntransportes zum Zweckverband Abfall Kempten (ZAK) - Beschluss

Herr Baur verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und führt in die Thematik ein.

Frau Kögl stellt das Ausschreibungsergebnis mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

KR Krattenmacher bezeichnet die Vergabe als wichtigen Meilenstein und beglückwünscht alle Beteiligten.

KRin Dr. Brehm greift den entfernten Standort der Fa. Hofmann und den ökologischen Aspekt der langen Anfahrten auf.

Frau Kögl teilt mit, dass die Fa. Hofmann eine Niederlassung in der Nähe des Abfuhrbezirkes angekündigt habe. Dies läge auch im wirtschaftlichen Interesse der Firma selbst.

Ohne weitere Wortmeldung fasst der Ausschuss **e i n s t i m m i g** folgenden Beschluss:

Die Aufträge für die Erfassung von Bio-, Haus- und Sperrmüll, der Umladung sowie dem Ferntransport zum ZAK werden gemäß dem Vergabevorschlag der Firma AU Consult, Augsburg vom 27.01.2015 vergeben an:

- Los 1: Fa. Friedrich Hofmann, Büchenbach
Los 2: Fa. VEOLIA, Umweltservice GmbH & Co.KG, Backnang
Los 3: Fa. VEOLIA, Umweltservice GmbH & Co.KG, Backnang.

§ 49

Geschwister-Scholl-Schule Leutkirch, Instandsetzung und Modernisierung I - Umsetzung 2015 - Beschluss

Herr Meißner verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und erläutert das Projekt „Instandsetzung und Modernisierung I“.

KR Peter begrüßt die vorgesehenen Maßnahmen, mit denen der Schulstandort Leutkirch abgeschlossen werden könnte und schlägt vor, auch mit den Mitgliedern des Ausschusses für Umwelt und Technik Schulbesichtigungen vorzunehmen.

Herr Baur korrigiert: mit den geplanten Maßnahmen seien erst die reinen Instandhaltungsarbeiten am Standort Leutkirch abgeschlossen; die anstehenden konzeptionellen Umsetzungen müssten erst noch in Angriff genommen werden.

Die stv. Vorsitzende nimmt die Anregung, mit dem AUT die Schulstandorte zu besichtigen, gerne auf.

Ohne weitere Wortmeldungen fasst der Ausschuss **e i n s t i m m i g** folgenden Empfehlungsbeschluss für den Kreistag:

1. Der Bauausführung für die aufgezeigten Maßnahmen 2015 an der Geschwister-Scholl-Schule in Leutkirch, Instandsetzung und Modernisierung I, wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen weiteren Planungsleistungen 2015 zu beauftragen, nach Vorliegen der Ausführungsplanung die Bauarbeiten im Rahmen des für das Jahr 2015 vorgesehenen Budgets von 1,89 Mio. € in eigener Zuständigkeit auszuschreiben und zu vergeben. Das Projektbudget wird auf insgesamt 4,055 Mio. € (2014 +2015) festgesetzt.

3. Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt wie dargestellt, über den Haushalt 2015 des Landkreises Ravensburg.

§ 50

Geschwister-Scholl-Schule Leutkirch, Photovoltaik-Anlage zur Eigenstromversorgung - Beschluss

Herr Meißner verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und erläutert die geplante Umsetzung.

KR Peter freut sich über die Aufnahme des Vorschlags, eine Photovoltaik-Anlage zu installieren und regt an, auch die Flachdächer zu diesem Zweck heranzuziehen.

KR Leonhardt möchte gewährleistet wissen, dass die Anlage durchgehend betrieben wird, also auch im Winter, und erkundigt sich nach der vorgesehenen Betreuung.

Herr Meißner lässt wissen, dass die Betreuung durch den Eigenbetrieb IKP in Kooperation mit dem technischen Dienst vor Ort (Hausmeister) erfolgen wird. In diesem Zusammenhang sei kein Schülerprojekt angedacht.

Ohne weitere Wortmeldung fasst der Ausschuss **e i n s t i m m i g** folgenden Beschluss:

1. Der Ausschuss für Umwelt und Technik stimmt der Umsetzung der Installation einer Photovoltaikanlage zur Eigenstromversorgung an der Geschwister-Scholl-Schule Leutkirch zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen weiteren Planungsleistungen zu beauftragen und nach Vorliegen der Ausführungsplanung die Bauarbeiten im Rahmen des Projektbudgets von 93.000 €, in eigener Zuständigkeit auszuschreiben und zu vergeben.
3. Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt, wie dargestellt, über den Finanzhaushalt 2015 des Landkreises Ravensburg.

§ 51

Gemeinschaftsunterkunft Lazarettstrasse Weingarten, Sanierung Sanitäranlagen - Beschluss

Herr Meßmer verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und stellt die anstehenden Sanierungsmaßnahmen sowie den aktualisierten Beschlussvorschlag mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

KR Schuler hält die Sanierung des Gebäudes für dringend notwendig. Er fragt nach dem darüber hinaus gehenden weiteren Sanierungsbedarf am Gebäude Lazarettstraße oder auch am Gebäude Schützenstraße und wünscht hierzu weitere Zahlen.

Die stv. Vorsitzende kündigt einen ausführlichen Bericht im Sozialausschuss (10.03.2015) und im Kreistag (12.03.2015) an.

Herr Baur meint, genau diese zwei Liegenschaften seien die Sorgenkinder bei der Unterbringung von Flüchtlingen. Am Gebäude Lazarettstraße plane die Verwaltung jedoch keine weiteren Instandsetzungen bzw. Schönheitsreparaturen. Diese Liegenschaft sei in einfacher Bauweise hergestellt worden und könne nicht mehr aufgewertet werden. Als nächstes müsse das Gebäude Schützenstraße in Angriff genommen werden. Dies sei auch so in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen. Allerdings reiche hier eine Instandsetzung nicht mehr aus; das Gebäude müsse komplett umgebaut werden.

Ohne weitere Wortmeldung fasst der Ausschuss **einstimmig** folgenden Beschluss:

1. Der Ausschuss für Umwelt und Technik stimmt der Umsetzung zur Sanierung der Sanitäranlagen im Wohnheim Lazarettstraße 2 und 4 in Weingarten zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen weiteren Planungsleistungen zu beauftragen und nach Vorliegen der Ausführungsplanung die Bauarbeiten im Rahmen des Projektbudgets von 655.000 €, in eigener Zuständigkeit auszuschreiben und zu vergeben.
3. Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt, wie dargestellt, über die im Haushalt für 2015 eingestellten finanziellen Mittel in Höhe von 45.000 € und durch Rückstellungen aus dem Haushalt 2014 des Landkreises Ravensburg in Höhe von 610.000 €.

Wildpflanzenkulturen - Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 23.10.2014

Frau Steger verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und beantwortet die Fragen des CDU-Antrags.

KR Krattenmacher möchte nicht aufgeben: „Pioniere haben es immer schwer!“ Es sei auf jeden Fall positiv, dass alle Beteiligten bei guter Stimmung in einem Boot sitzen. Frustrierend sei allerdings das fehlende Engagement der Landesregierung. Er bedaure sehr, dass keine entsprechenden Förderprogramme aufgelegt werden. Man müsse die Politiker unbedingt nochmals auffordern, auf die bayerischen Modelle zu blicken und diese auf die hiesige Region zu übertragen.

KR Peter tauscht sich mit Frau Steger über die Philosophie der Eingriffsregelung aus.

KR Bindig verbindet die biologische Diversifizierung nicht allein mit der Ökopunktfähigkeit. Das Anpflanzen anderer Energiepflanzen als Alternative zu Raps müsse als eigenen Ansatz gesehen werden. Ein Förderprogramm müsste genau mit dieser Argumentation die entsprechenden Anreize schaffen.

KR Güldenberg meint, dass die Förderung sehr hoch sein müsste, um die Landwirte zur jahrelangen Anpflanzung von Wildblumen zu motivieren.

KR Leonhardt fragt, ob die Gemeinden gegebenenfalls die Bürgschaft für Wildblumenflächen übernehmen könnten (Pool-Lösung). Damit hätten die Landwirte die Möglichkeit, variabel ein- oder auszusteigen.

Herr Sieger geht davon aus, dass die Sicherung im Grundbuch grundsätzlich über eine Gemeinde erfolgen könnte. Dies würde die geforderte Sicherheit für die Ökopunktfähigkeit gewährleisten.

KR Krattenmacher teilt die Bedenken von KR Güldenberg und warnt davor, Flächen aus der landwirtschaftlichen Produktion herauszunehmen. Das Delta zwischen Mais/Raps und Wildblumen müsse in irgendeiner Form ausgeglichen werden. Er bittet die Landkreisverwaltung,

eine kleine Arbeitsgemeinschaft mit verschiedenen Fachleuten ins Leben zu rufen, die sich dieses Themas annimmt, um eine Lösung zu entwickeln.

Die stv. Vorsitzende fasst zusammen:

- Beobachtung und Prüfung des bayerischen Vorgehens
- Prüfung: Können die Gemeinden ein Flächenmanagement übernehmen?
- Kooperation mit der in Kißlegg bereits bestehenden Arbeitsgemeinschaft.

Ohne weitere Wortmeldungen nimmt der Ausschuss die Beantwortung des CDU-Antrags und die Zusammenfassung der stv. Vorsitzenden zur Kenntnis.

§ 53

Wasserkraftpotenziale im Landkreis Ravensburg - Antrag von Kreisrat Julian Aicher vom 27.11.2014

Frau Steger verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen sowie die verteilten Tischvorlagen (siehe Anlagen) und beantwortet den Antrag.

KR Aicher erläutert seinen aktualisierten Antrag. Er bestehe nicht strikt auf die Einhaltung der Frist 19.05.2015. Eine gewisse Terminsetzung sei allerdings vonnöten, denn die Aussagen des Ministeriums seien etwas zu „wolzig“. Er bittet um eine akzeptable Zeitschiene und eine Fixierung vor dem 31.12.2015.

KR Schuler legt den Schwerpunkt auf die Ertüchtigung von bestehenden Wasserkraftanlagen. Die Schaffung von neuen Anlagen übersteige die Möglichkeiten privater Betreiber. Vor Abschluss der Wasserkraftpotenzialstudie des Landes seien weitere Maßnahmen nicht sinnvoll. Er sei sich sicher, dass die Verwaltung dieses Thema auch ohne explizite Aufforderung nicht aus dem Auge verlieren werde.

KR Bindig bittet darum, die Ergebnisse der Untersuchung abzuwarten und erst im Anschluss eine Wertung vorzunehmen. Er sucht einen Kompromiss zwischen der Intention von KR Aicher und dem Beschlussvorschlag der Verwaltung. Da das Anliegen des Antragstellers durch die laufende Studie weitgehendst als erledigt betrachtet werden könne, müsse der Beschlussvorschlag nicht so krass als Ablehnung formuliert werden.

Herr Sieger führt aus, wie differenziert das Ergebnis der Studie zu erwarten ist.

KR Buschle empfindet den Beschlussvorschlag der Verwaltung auch als „etwas brutal“.

Die stv. Vorsitzende legt dar, dass alle Beteiligten am Ergebnis der Studie sehr interessiert seien. Die Verwaltung könne dem Ministerium jedoch keine Zeitschiene vorgeben. Sie dankt KR Bindig für den vermittelnden Vorschlag und formuliert den Beschlussvorschlag neu:

Das Anliegen des Antrags kann durch die in Abschluss befindliche Studie des Landes als erledigt betrachtet werden.

Das Umweltamt wird beauftragt, nach Veröffentlichung der Studie die wesentlichen Ergebnisse zusammenfassend im AUT vorzutragen.

Die stv. Vorsitzende sichert zu, für die Vorstellung der Studienergebnisse eine geeignete Form zu finden.

KR Aicher ist damit nicht einverstanden und hält seinen am 18.02.2015 aktualisierten Antrag aufrecht.

Die stv. Vorsitzende lässt daraufhin über diesen Antrag abstimmen.

Bei 3 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen wird der Antrag von KR Aicher m e h r h e i t l i c h abgelehnt.

Bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung fasst der Ausschuss m e h r h e i t l i c h folgenden Beschluss:

Das Anliegen des Antrags kann durch die in Abschluss befindliche Studie des Landes als erledigt betrachtet werden.

Das Umweltamt wird beauftragt, nach Veröffentlichung der Studie die wesentlichen Ergebnisse zusammenfassend im AUT vorzutragen.

Anfragen und Bekanntgaben

Anfragen und Bekanntgaben - Antrag der FDP zur Öffentlichkeitsarbeit Abfallwirtschaft

Herr Baur nimmt Bezug auf den als Tischvorlage verteilten Antrag der FDP (siehe Anlage) und erinnert an den Beschluss des Kreistags am 11.12.2014.

KR Schuler widerspricht der Einschätzung der FDP und hält das Budget der Werbekampagne nicht für überzogen. Die Maßnahmen sollen peu à peu umgesetzt und, abhängig vom Verfahrensstand, im Kreistag vorgestellt werden.

Die stv. Vorsitzende schlägt vor, das Thema unter Verweis auf die 6-Monats-Frist nicht aufzugreifen (keine Neubefassung).

Gegen dieses Vorgehen werden keine Einwendungen geltend gemacht.

§ 55

Anfragen und Bekanntgaben - Bauprogramm Landesstraßen

Herr Gehringer verweist auf die verteilte Tischvorlage (siehe Anlage) und bewertet das Schreiben des Verkehrsministers.

KR Schuler hält die Reaktion des Ministeriums für sehr kritikwürdig.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

§ 56

Anfragen und Bekanntgaben - Antrag der Grünen-Fraktion zum Eschensterben

Herr Gehringer nimmt Bezug auf den als Tischvorlage verteilten Antrag der Grünen-Fraktion (siehe Anlage) und stellt das zwischen Straßenbauamt und Umweltamt abgestimmte Vorgehen mit einer PowerPoint-Präsentation vor (ebenfalls als Anlage beigefügt).

Die stv. Vorsitzende hält fest, dass die Verkehrssicherungspflicht immer Vorrang hat. Dies gelte sowohl für öffentliche als auch für private Eigentümer.

Herr Gogic unterscheidet zwischen „Wald“ und „Einzelbäumen an Straßen“. Das Forstamt sei überrascht von der Dynamik der Entwicklung des Eschensterbens.

Frau Steger teilt mit, dass für die Beurteilung der Augenschein in belaubtem Zustand ausschlaggebend sei. Daher gebe man den privaten Eigentümern noch Zeit, um die Bäume im Juni/Juli beobachten zu können. Die Verwaltung erteile dann ggf. eine Ausnahme vom Fällverbot in den Sommermonaten.

KR Bindig begrüßt die Änderung der Vorgehensweise der Verwaltung nach der zunehmenden Kritik und nach der Vorlage des Antrags der Grünen-Fraktion. Diese neue, differenzierte Strategie solle auch den Gemeinden weiter empfohlen werden. Ihn bewege aber auch das Thema Ersatzpflanzen. Er regt an, im nächsten Haushalt Mittel für eine derartige Freiwilligkeitsleistung vorzusehen.

KR Leonhardt lenkt den Blick auf die Baumstümpfe nach den Fällungen. Diese seien nicht immer sichtbar und könnten zum Verkehrshindernis werden. Seiner Einschätzung nach habe die Verwaltung schon immer sorgfältig abgewogen und sei verantwortlich mit Haftungsproblemen umgegangen.

KR Strubel lobt die neue Strategie. Im Vorfeld sei einiges falsch gelaufen, mit Ergebnissen, die im Einzelfall sehr schmerzhaft seien (nicht befallene Bäume seien gefällt worden).

KR Schweizer weist darauf hin, dass das Eschensterben für die Waldbesitzer einen enormen wirtschaftlichen Schaden darstellt. Fachleute könnten befallene Bäume schon als solche erkennen, wenn sie für Laien noch grün und gesund aussähen. Ab dem Zeitpunkt des Erkennens würden die Experten dann auch um das entsprechende Risiko wissen.

KRin Dr. Brehm greift die von KR Bindig erwähnten Ersatzpflanzungen auf und betont die Verantwortung den nachfolgenden Generationen gegenüber.

KR Kleiner bestätigt, dass das Straßenbauamt immer richtig gehandelt habe. Die Nachjustierung der Strategie nach der allgemeinen Kritik sei nachvollziehbar. Bei allem gelte aber: „Die Verkehrssicherungspflicht steht über allem!“

Die stv. Vorsitzende bekräftigt: „Niemand aus dieser Runde nimmt dem Straßenmeister vor Ort im Schadensfall die Verantwortung bzw. die Haftung ab.“ Sie bittet um Verständnis, dass die Mitarbeiter des Landratsamts nicht „im Regen stehen gelassen werden“.

Auf Frage der stv. Vorsitzenden erklärt KR Strubel den Antrag der Grünen-Fraktion für erledigt.

§ 57

Anfragen und Bekanntgaben - Krummensbach

Herr Sieger fasst die Historie der Renaturierung des Krummensbaches und die Prüfung des Ordnungswidrigkeitenverfahrens gegen die Gemeinde Fronreute wegen der Abaggerung der Böschung zusammen. Er widerlegt einige Behauptungen in der Presse und schildert die nun geplanten Maßnahmen am Gehrenbach und am Krummensbach. Ein runder Tisch mit Vertretern der Wasser- und Bodenverbände, den Fachplanern, Landwirten, Fischereivertretern, BUND und Landratsamt werde eine Lösung ausarbeiten, die keine groß angelegte Mäandrierung vorsehe, sondern eine Vielzahl von kleinen Abwechslungen im Bachlauf. Damit solle auch der Gerölleintrag an der Schussenmündung verhindert werden.

KR Bindig erkundigt sich nach dem Ergebnis des Ordnungswidrigkeitenverfahrens gegen die Gemeinde.

Herr Sieger verweist auf die verschiedenen Randbedingungen, die noch zu prüfen seien. Durch die Bagger-Aktion sei nicht in die Bachsohle eingegriffen worden, sondern lediglich in die Grasnarbe. Daher liege keine verschärfte Sachlage vor.

Die stv. Vorsitzende geht davon aus, dass das Landratsamt eine angemessene Konsequenz finden wird.

KR Dr. Schad führt aus, dass an vielen Bächen die Situation eines strukturarmen Gewässers vorzufinden sei. Durch den an sich rechtswidrigen Vorgang eröffne sich nun die Chance, mit entsprechenden Maßnahmen eine ökologische Verbesserung herzustellen.

Z. B.

Stv. Vorsitzende

Eva-Maria Meschenmoser

Schriftführerin

Eva Weeber

Kreisräte